

Nachrichten



Sprachrohr der Bürgerinitiativen

Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Untere Elbe plant ein breites Bündnis

Kreis Stade (bv). Es geht ihr um "Recht und Gesetz" und den Schutz der Natur: Seit Jahren setzt sich Anne-Dore Völkers für die Umwelt an der Niederelbe ein. Ihr größter Erfolg war der Schutz des Vogeschutzgebietes im Rübker Moor - gemeinsam mit dem Naturschutzverband Niedersachsen und der Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Untere Elbe (AUN) erreichte Völkers, dass die A 26 nicht im Rübker Moor den Lebensraum von Wachtelkönig & Co. zerstört. Jetzt hat sie ein neues Ziel vor Augen.

Die Umweltschützerin, die im Rat der Stadt Buxtehude für die Grünen aktiv ist, möchte die AUN "zur Dachorganisation der Bürgerinitiativen machen", sagt Völkers. Davon würden alle profitieren, die Schlagkraft würde "durch die Vernetzung steigen." Gemeinsam könnten die Initiativen gegen Autobahnen, Kohlekraftwerke und Elbvertiefung "mehr erreichen." Auslöser für ihren Vorstoß seien die vielen Projekte an der Niederelbe - von Kohlekraftwerken über Elbvertiefung und Tiefwasserhafen bis zu Autobahnplanungen

Völkers.

- mit den erwarteten und befürchteten negativen Auswirkungen für Mensch und Natur. Schon einmal, Anfang der 70er Jahre, habe es in dieser Region eine ähnliche Situation gegeben. Die drei Stichwörter: Industrialisierung auf Bützflethersand, die Elbvertiefung auf 13,5 Meter (!) und die A 26.

Damals wurde die AUN aus der Taufe gehoben, um diesseits und jenseits der Elbe den vorhandenen Widerstand zu verzahnen. "Dadurch konnten wir verhindern, dass ein PVC-Werk in Stadersand gebaut wurde - und erreichen, dass das Umweltbewusstsein bei der Dow geweckt wurde." Das Chemieunternehmen habe sich in der Folge von einem massiven Umweltverschmutzer zu einem der umweltfreundlichsten Chemiewerke weltweit entwickelt. Bei der Elbvertiefung habe die AUN "Süßwasserwatt- und Röhrichtflächen retten können". Außerdem seien das Aue- und Schwingetal vor der Zerstörung durch die A 26 bewahrt und des Weiteren eine Querung der Elbe durch die Seestermüher Marsch über Pagensand verhindern worden.

Gleichwohl soll weiterhin jede Initiative selbstständig bleiben und im eigenen Namen agieren - nur bei den offiziellen Eingaben an Behörden und vor Gericht sollte der Name der AUN genutzt werden, um die zwei Vorteile - die Gemeinnützigkeit und die Klageberechtigung nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) - zu nutzen. Mit Hilfe der vielen einzelnen Initiativen, durch Einbindung von Gutachtern und fachkundigen Juristen wie Rechtsanwalt Michael Günther möchte sich die AUN weiter für eine gesunde und sichere Umwelt stark machen.

Unter dem Motto "Getrennt marschieren, vereint schlagen" werden sich am Sonnabend, 7. Februar, von 11 bis 13 Uhr mehrere Bürger- und Umweltinitiativen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein in der Gaststätte "Zur Einkehr" in der Freiburger Straße in Stade treffen.

 **Artikel drucken**

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG